

## Antrag

**des Abgeordneten Claus-Peter Grotz und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ina Albowitz, Ulrich Irmer, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann und der Fraktion der F.D.P.**

### Neue Herausforderung für die Auswärtige Kulturpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland spiegelt das kulturelle und soziale Leben unseres vielfältig gegliederten demokratischen Gemeinwesens wider. Die Wiedervereinigung Deutschlands, die Erweiterung der NATO und EU, die Überwindung des Kalten Krieges und die dadurch hervorgerufene Globalisierung stellen die Auswärtige Kulturpolitik vor neue Herausforderungen. Das Instrumentarium der Auswärtigen Kulturpolitik mit Kulturaustausch, dem Netz der deutschen Auslandsschulen, der Förderung der deutschen Sprache, dem deutschen Auslandsrundfunk und dem Hochschul- und Wissenschaftsaustausch ist breit gefächert.

Wegen der Haushaltslage hat auch die Auswärtige Kulturpolitik in den vergangenen Jahren empfindliche Mittelkürzungen hinnehmen müssen.

Die Grenzen dessen, was an Sparmaßnahmen ohne erheblichen außenpolitischen Ansehensverlust zumutbar ist, ist erreicht. Um ihren vielfältigen, neuen Aufgaben gerecht werden zu können, muß die Auswärtige Kulturpolitik jetzt Rationalisierungsreserven mobilisieren: Durch mehr Flexibilisierung und Deregulierung bei den Mittlern, durch Benennung von Prioritäten und Posterioritäten, durch verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, durch Vermeidung von Kompetenzüberschneidungen ohne Beeinträchtigung der Pluralität des Mittlersystems.

In der Anhörung des Auswärtigen Ausschusses am 14. April 1997 wurde festgestellt, daß sich das System der Mittlerorganisationen grundsätzlich bewährt hat. Gelegentlich sind in der Arbeit einzelner Mittler Unzulänglichkeiten offenbar geworden. Kompetenzen und Haushaltsmittel für die Auswärtige Kulturpolitik sind bei insgesamt acht Ministerien und dem Bundespresseamt angesiedelt. Hier sind mehr Koordinierung und Transparenz erforderlich sowie Absprache mit dem Auswärtigen Amt, dem die Federführung obliegt.

Das Verhältnis derjenigen, die – bei Mittlerorganisationen und in den Ministerien – in den zentralen Verwaltungen tätig sind, und derer, die vor Ort im Ausland bzw. im Inland direkt mit den Nutzern zu tun haben, muß überprüft und neugestaltet werden. Ohne Einzelreformen in diesem Bereich wäre – bei grundsätzlicher Bejahung des Systems der unabhängigen Mittler – zu befürchten, daß angesichts der Knappheit der Mittel wichtige Ziele der Auswärtigen Kulturpolitik bald nicht mehr erreicht werden können.

II. In Umsetzung der Anhörung des Auswärtigen Ausschusses vom 14. April 1997 und unter Bezugnahme auf den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., Drucksache 13/4863 vom 12. Juni 1996, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

- dem Deutschen Bundestag noch in dieser Legislaturperiode einen Bericht vorzulegen,
  - in dem Überschneidungen zwischen den Aufgabenbereichen einzelner Mittler aufgezeigt werden und Vorschläge für eine klare Kompetenzaufteilung gemacht werden. Insbesondere im Bereich der Sprachförderung in Mittel- und Osteuropa sowie bei der Herstellung von Unterrichtsmaterialien muß eine Doppelung von Arbeit vermieden werden. Auch solche Länder und Regionen sollten berücksichtigt werden, in denen aufgrund einer Zusammenarbeit mit der früheren DDR das Interesse an der deutschen Sprache besonders ausgeprägt ist;
  - in dem konzeptionelle Vorschläge gemacht werden, wie mittelfristig für die einzelnen Mittler in bezug auf die finanzielle Ausstattung mehr Planungssicherheit gewährleistet werden kann. Die Arbeit der Trägerorganisationen muß durch die Einräumung von mehr Haushaltsflexibilität erleichtert werden;

der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung Vorschläge für flexible Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsformen sowie beim Goethe-Institut eine intensivere Einbeziehung von Ortskräften auch in den Funktionsbereichen. Es muß sichergestellt sein, daß alle Einsparungen zur Einstellung junger Kräfte genutzt werden;

- über das Verhältnis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in den zentralen Verwaltungen beschäftigt sind, zu jenen, die im Ausland und in direktem Kontakt mit den „Nutzern“ tätig sind – bei den Mittlern und den Ministerien;
- über Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen, in denen dargestellt wird, in wie weit die Mittlerorganisationen auf ihre gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben vorbereitet sind, bzw. wo Veränderungen notwendig erscheinen;

- das aus der Not der Schließung einzelner Goethe-Institute entwickelte neue Modell einer Umwandlung in Vereine finanziell zu unterstützen. Dort, wo Schließungen einzelner Institute nach sorgfältiger Abwägung des sich hieraus für die auswärtigen Beziehungen ergebenden Schadens unumgänglich geworden sind, sollten tragfähige Anfangstrukturen – etwa im Rahmen deutsch-ausländischer Kulturgesellschaften – entwickelt werden, die die Aufrechterhaltung deutscher kulturpolitischer Präsenz sicherstellen. Das Engagement von Bürgern und politisch Verantwortlichen des Gastlandes für die Beziehung zu Deutschland verdient bestmögliche Förderung;
- gegenüber dem Deutschen Bundestag mehr Transparenz hinsichtlich der zukünftigen Planung herzustellen. Die Vielzahl beratender Gremien, mit deren Hilfe die Mittler ihre Arbeit aufeinander abstimmen, und Koordinierungsstellen zwischen den Ministerien verschleiern mehr die langfristigen Perspektiven, statt eine breite Diskussion darüber zu ermöglichen, die gerade in diesem Politikbereich unverzichtbar ist. In der Auswärtigen Kulturpolitik als einer der zentralen Aufgaben der Außenpolitik hat das Auswärtige Amt die Federführung. Daher muß die Koordinierungskapazität des Auswärtigen Amts gestärkt werden. Der Deutsche Bundestag ist in angemessener Form einzubeziehen;
- im dem Vorschläge zur stärkeren Einbindung der deutschen Wissenschaft in die Auswärtige Kulturpolitik unterbreitet werden. Das Engagement deutscher Unternehmen, wie z. B. bei den erfolgreichen Projekten eines Stipendienförderprogrammes der deutschen Wirtschaft in Moskau oder bei der Errichtung von „Centers of Excellence“ in den Vereinigten Staaten sollte verstärkt werden.

Bonn, den 13. Januar 1998

**Claus-Peter Grotz**

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**

**Ina Albowitz**

**Ulrich Irmer**

**Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann**

**Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion**

